

1
2
3
4
5
6



9

Parteitag der SPD Düsseldorf

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Tagesordnung (Vorschlag):

31. August 2006

Lessing Gymnasium, Eller

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Leitung
3. Wahl der Antragskommission
4. Annahme der Tagesordnung
5. Aktuelles und Anfragen
6. Michael Müller MdB, Mitglied der Programmkommission:
“Das neue Grundsatzprogramm der SPD“
7. Dr. Sascha Liebermann, Universität Dortmund+ Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung
“Grundeinkommen – Chance oder Irrweg“
8. Aussprache
9. Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge
10. Ende des Parteitages

1 **KONSTITUIERUNG**

2

3

4 Der Unterbezirksausschuss schlägt dem Parteitag vor:

5

6

7 **Präsidium**

8 ■ Matthias Herz (OV Altstadt-Stadtmitte)

9 ■ Monika Witzel (OV Stockum-Lohausen)

10 ■ Hans-Peter Fußhoven (OV Freiheit – SB 8)

11

12

13 **Vorschlag Schriftführung**

14 ■ Ute Küppers (OV Hubbelrath)

15 ■ Dirk Bernecker (OV Freilichtbühne)

16

17

18 **Mandatsprüfung + Zählkommission**

19 ■ Burkhard Dungs (Gerresheim-Torfbruch)

20 ■ Oliver Klumparendt (Grafenberg)

21 ■ Jürgen Illmer (Hassels-Reisholz)

22 ■ Tobias Kühbacher (Heerd-Lörick)

23

24

25 **Die Antragskommission**

26 hat am 24. August 2006 in folgender Zusammensetzung getagt und Uwe Wagner
27 zu ihrem Sprecher bestimmt.

28

29 ■ Claudia Bednarski (Wittlaer)

30 ■ Gerd Blatz (Altstadt Stadtmitte)

31 ■ Herbert Huwar (Angermund)

32 ■ Oliver Blumberg (Benrath-Urdenbach)

33 ■ Beate Stankowski (Bilk)

34 ■ Uwe Wagner (Düsseltal-Flingern)

35

36

37

1
2
3
4
5
6
7
8

9
10
11

12

13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32



Anträge

Parteitag der SPD Düsseldorf

31. August 2006

Lessing Gymnasium, Eller

Änderungsvorschläge der Antragskommission
sind *schwarz gekennzeichnet*



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

A1: Grundeinkommen

Antragsteller: SPD-Unterbezirksvorstand Düsseldorf

Empfehlung Antragskommission: Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Unterbezirksparteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

Der SPD-Unterbezirk Düsseldorf **fordert die Gremien der Partei**, insbesondere den SPD-Parteivorstand und die Programmkommission dazu auf, im Rahmen der Beratungen über das neue Grundsatzprogramm der SPD die mittel- bzw. langfristige Einführung eines Grundeinkommens für alle BürgerInnen zu beraten. Dabei soll die Idee des Grundeinkommens als eine konkrete und gestalterische sozialdemokratische Vision für die Herausforderungen der Globalisierung und des Wandels der Arbeitsgesellschaft **diskutiert** werden. Die SPD Düsseldorf fordert den Parteivorstand auf, mit der Diskussion über die Einführung eines Grundeinkommens ein neues sozialdemokratisches Projekt zu beginnen und damit an einem konkreten Beispiel zu zeigen, dass die SPD echten sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt gestalten will. Im Rahmen der Beratungen zum Grundeinkommen sollen neben den politischen und sozialen Aspekten dieses Modells insbesondere Vorschläge und Berechnungen zur Finanzierung eines solchen Konzeptes durchgeführt werden.

Begründung:

Die soziale Frage kehrt in aller Schärfe zurück. Der durch den mit Mitteln des umfassenden Kapitalismus, einer national regulierbaren Ökonomie, des Flächentarifvertrages, eines automatischen Wachstums und der volkswirtschaftlich definierten Vollbeschäftigung erzielte informelle Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit befindet sich in einem Auflösungsprozess. Durch den Wandel der Produktionsverhältnisse, der durch Internationalisierung und Automatisierung geprägt ist, stehen die ArbeitnehmerInnen vor einer völlig neuen sozialen und politischen Situation. Die durch technologische Innovation produzierte strukturelle Arbeitslosigkeit stellt eine historische Zäsur für die Sozialdemokratie und ihre programmatische Ausrichtung dar. Der Abbau von Arbeitsplätzen, die bis dato die strukturelle und ökonomische Basis für die Finanzierung der Systeme der sozialen Sicherung waren, ist sowohl aus Gründen der internationalen Solidarität (ökonomische Entwicklung in Schwellen- und sich entwickelnden Ländern) und aus Gründen des technischen Fortschritts ein im Grundsatz rationaler Vorgang. Dieser Vorgang bietet für die Sozialdemokratie neue Gestaltungsspielräume, wenn es um die Frage geht, mit welchen Instrumenten und perspektivischen Überlegungen sozialer Fortschritt zukünftig organisiert werden kann. Wir sehen in der Idee eines Grundeinkommens eine politische Strategie, die im Sinne der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität



- 1 neue gesellschaftliche Gestaltungsspielräume eröffnet und erstmals seit vielen Jahren wieder ein
- 2 Projekt darstellt, welches nicht auf Anpassung an die Realität sondern auf nachhaltige positive
- 3 Veränderung der Realität ausgerichtet ist.

4
5

1

2 Ein Grundeinkommen hat zum Ziel, die Menschenwürde („Die Würde des Menschen ist das
3 Menschsein an sich.“ (Kant)) zu sichern und ihr zur Geltung zu verschaffen (Art. 1 GG: „Die Würde
4 des Menschen ist unantastbar.“). Grundlegend für die Menschenwürde ist die Freiheit der Men-
5 schen zur sozialen Teilhabe. Dieser Grundwert - die Freiheit zur sozialen Teilhabe - zieht sich auch
6 wie ein roter Faden durch die programmatischen Leitsätze der SPD zur Grundsatzdebatte. Aller-
7 dings beschränkt sich die Programmdebatte innerhalb der SPD bisher darauf, die materiellen
8 Voraussetzungen für soziale Teilhabe allein durch Erwerbsarbeit zu organisieren.

9 Genau hier gehen die Überlegungen zu einem Grundeinkommens weiter: Ein Grundeinkommen,
10 das unabhängig von einer Erwerbsarbeit gezahlt wird und damit vor Armut schützt, nimmt den
11 Menschen ein Stück weit die Angst vor der Erwerbsarbeitslosigkeit, gibt den Menschen die not-
12 wendige materielle Absicherung und gewährleistet damit die Freiheit zur sozialen Teilhabe. So
13 wie das Wahlrecht als Grundrecht jedem Bürger zusteht, sollte auch das Grundrecht auf Freiheit
14 zur sozialen Teilhabe jedem Bürger zustehen und nicht an Bedingungen wie einer Erwerbsarbeit
15 gekoppelt sein. Vollbeschäftigung, verstanden als eine ganztägige Erwerbsarbeit, hat es historisch
16 betrachtet nur in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre gegeben. Dennoch verfolgen alle
17 Parteien auch heute noch das Ziel der Vollbeschäftigung, obwohl in den letzten Jahrzehnten so-
18 wohl die Sockelarbeitslosigkeit als auch die Produktivität der Wirtschaft kontinuierlich gestiegen
19 sind. Auch die SPD sieht Vollbeschäftigung noch als das Schlüsselement an, um allen Bürgern
20 die materiellen Voraussetzungen für soziale Teilhabe zu schaffen. Die meisten Befürworter eines
21 Grundeinkommens sehen in der ständig steigenden Produktivität die Voraussetzungen dafür, ein
22 Einkommen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Die Idee der Vollbeschäftigung ist zu einer rei-
23 nen Ideologie geworden und garantiert nicht mehr den heute notwendigen sozialen Integri-
24 tionscharakter in einer gerechten Gesellschaft.

25 Bestimmte politökonomische Modelle gehen sogar davon aus, dass die Aufgabe der Wirtschaft
26 darin sieht, durch Rationalisierung die Menschen von der Arbeit zu befreien und nicht darin, neue
27 Arbeit zu schaffen. Die Abkehr vom Ziel der Vollbeschäftigung ist aber nicht gleichbedeutend
28 damit, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgehen würde. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, son-
29 dern auch Hausarbeit, Pflege von Familienangehörigen, Kindererziehung, ehrenamtliches Enga-
30 gement in Vereinen oder in Parteien. Durch ein Grundeinkommen wird die Voraussetzung ge-
31 schaffen, dass die Bürger einer Tätigkeit in diesem erweiterten Verständnis von Arbeit nachgehen
32 können. Heute müssen Bedingungen geschaffen werden, die die Felder, in denen ein empiri-
33 scher Bedarf nach gesellschaftlicher Arbeit besteht, in den Fokus des öffentlichen und politischen
34 Diskurses rücken. Die durch die Globalität der Wirtschaft und den technischen Fortschritt produ-
35 zierte strukturelle Arbeitslosigkeit muss kulturell nutzbar gemacht werden. In den Sektoren Bil-
36 dung, Ausbildung, Reproduktionsarbeit, Pflege, Kranken- und Altenbetreuung und der Umwelt
37 bestehen enorme Bedürfnisse nach einem Mehr an Beschäftigung und Engagement. Wir haben
38 es hier mit einem klassischen Marktversagen zu tun, da der Markt nicht in der Lage ist, Bedingun-
39 gen zu schaffen, die eine Befriedigung dieser gesellschaftlich vorhandenen Bedürfnisse möglich
40 machen.

41 Ein Grundeinkommen bietet insofern ein Potential zur Entfaltung gesellschaftlicher und individu-
42 eller Bedürfnisse. Es ist eine neue Antwort auf die normative Einheit von Freiheit
43 und Gerechtigkeit.



- 1 In der Diskussion um ein Grundeinkommen wird grundsätzlich zwischen einem bedingten und
- 2 einem bedingungslosen Grundeinkommen unterschieden. Ein bedingungsloses Grundeinkom-
- 3 men sieht folgende Punkte vor:
- 4

- 1 1. Es ist existenzsichernd und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe.
- 2 2. Es gilt ein individueller Rechtsanspruch.
- 3 3. Es wird ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt.
- 4 4. Es ist nicht mit einem Zwang zur Erwerbsarbeit verbunden und ermöglicht damit eine Viel-
- 5 falt von Arbeits- und Tätigkeitsformen.

6 Im letzten Kriterium liegt der Unterschied zum bedingten Grundeinkommen. Die Zahlung eines
7 Grundeinkommens wird hier zum Beispiel an die Bedingung geknüpft, einer Tätigkeit (Erwerbsar-
8 beit, gemeinnützige Arbeit, Kindererziehung usw.) nachzugehen. Mit dieser Bedingung wird ei-
9 nem Haupteinwand nach der Anreizproblematik (Wer geht dann noch arbeiten?) Rechnung ge-
10 tragen.

11 Mit einem Grundeinkommen müssen Arbeitnehmer nicht jede Verschlechterung am Erwerbsar-
12 beitsplatz erdulden oder sich dem Druck der Arbeitgeber aus Furcht vor dem Verlust des Arbeits-
13 platzes beugen. Sie hätten die Möglichkeit, bei schlechten Arbeitsbedingungen zu kündigen, oh-
14 ne nach 12 Monaten in ALG II und Armut zu verfallen. Im Gegenteil müsste der Arbeitgeber gute
15 Arbeitsbedingungen anbieten. Die Folge für den Arbeitgeber bei guten Arbeitsbedingungen wä-
16 ren motivierte Angestellte.

17
18 Mit der Einführung eines Grundeinkommens könnten Unternehmen sich auf ihre Kernaufgabe
19 konzentrieren: Produkte und Dienstleistungen durch optimierten Arbeitseinsatz herstellen und zu
20 günstigen Preisen anbieten. Das Spannungsverhältnis von Unternehmen, gleichzeitig innovativ zu
21 sein und bei optimierten Ressourceneinsatz zu produzieren und auf der anderen Seite den Auf-
22 trag der Politik umzusetzen, Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, wird durch ein Grundeinkommen
23 aufgelöst. Rationalisierung ist erwünscht, während ein Grundeinkommen die Arbeitnehmer vor
24 den Folgen eines Arbeitsplatzverlustes absichert.

25
26 Insbesondere ein bedingungslos gezahltes Grundeinkommen würde einen erheblichen Bürokrati-
27 eabbau zur Folge haben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde zahlreiche Transferleis-
28 tung ersetzen und ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden. Die Folge davon wäre ein Wegfall
29 nahezu aller staatlichen Kontrollen.

30 Aber auch ein bedingtes Grundeinkommen würde durch die Zusammenfassung von sozialen
31 Transferleistungen und die Einführung einer Grundrente zu einem Bürokratieabbau führen, aller-
32 dings nicht in dem Ausmaß wie bei einem bedingungslosen Grundeinkommen.

33 Durch die Zusammenfassung bzw. Abschaffung zahlreicher sozialer Transferleistungen sowie ei-
34 nen Umbau des Steuersystems (Erhöhung der Konsum- und Erbschaftsbesteuerung) könnte die
35 Einführung eines Grundeinkommens prinzipiell finanziert werden. Durch das existenzsichernde
36 Grundeinkommen, welches auch wirkliche soziale und kulturelle Teilhabe realisiert, wird das bis-
37 herige Ensemble aus Transferleistungen unnötig und kann zu Gunsten der Finanzierung eines
38 Grundeinkommens abgeschafft werden. Ferner stünden die BürgerInnen dann nicht mehr in einer
39 Bittstellerposition.

40 Die Diskussion über die Einführung eines Grundeinkommens bietet gerade in
41 Anbetracht der historischen Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und den
42 veränderten globalen ökonomischen Rahmenbedingungen eine strukturelle



1 und nachhaltige Antwort auf die Wirklichkeit. Es gehört schließlich zur Dialektik der Geschichte,
2 dass in einer Zeit der Rückkehr der sozialen Frage die Linke in einer politischen und kulturellen
3 Krise steckt. Anstelle einer nostalgischen Beschwörung dessen, was früher war, muss durch posi-
4 tive Negation eine neue, realisierbare politische und soziale Qualität geschaffen werden. Dies un-
5 terscheidet die SPD auch von anderen sich als links bezeichneten Gruppierungen.
6



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

B1: Heroinabgabe auf Rezept an Schwerstabhängige

Antragsteller: Stadtbezirks 1 / OV´s Altstadt–Stadtmitte, Derendorf–Golzheim, Pempelfort

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD Düsseldorf fordert ihre Mandatsträger im Bundestag und im Landtag NRW auf, vor dem Hintergrunde des „Bundesdeutschen Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger“, Gesetzesinitiativen zur Heroinabgabe auf Rezept für Schwerstabhängige einzubringen und zu unterstützen.

Begründung:

Dieser Antrag soll helfen, die Erfahrungen des „Bundesdeutschen Modellprojektes zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger“ umzusetzen. Das Modellprojekt wurde im Jahre 2000 von der Bundesregierung und u.a. vom Lande NRW initiiert. Es wurde in den Jahren 2002 bis 2006 in sieben Großstädten durchgeführt.

Die in dem Projekt gesammelten Erfahrungen zeigen eine deutliche Verbesserung in den folgenden Bereichen:

- Verbesserung des Gesundheitszustandes der Betroffenen, da die verabreichte Droge pharmakologisch rein ist
- Damit verbundene Senkung der Gesundheitskosten, da die Auswirkungen unreiner Drogen nicht mehr behandelt werden müssen
- Senkung der Beschaffungskriminalität und der dadurch entstehenden Kosten für die Gesellschaft, da das Heroin auf Rezept kostenfrei abgegeben wird
- Senkung der Beschaffungsprostitution aus dem genannten Grunde
- Austrocknung dieses Zweiges des Drogenhandels
- Verbesserung des sozialen Lage und Wiedererlangung der Menschenwürde der Betroffenen (Arbeitsaufnahme, Wohnungserlangung, Freundes- und Bekanntenkreis)

Für den Antragsteller

Klaus Düsedau

B2: „Unternehmensbesteuerung“**Antragsteller: AfA Düsseldorf****Adressat: SPD-Bundestagsfraktion sowie parlamentarische Staatssekretäre Karin Kortmann MdB und Michael Müller MdB****Empfehlung Antragskommission: Ablehnung****Der Parteitag möge beschließen:**

Der SPD Unterbezirksparteitag Düsseldorf fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, den am Mittwoch dem 13. Juli 2006 beschlossenen Plänen des Kabinetts, die Unternehmenssteuern ab 2008 zu senken, nicht zuzustimmen und ihre Umsetzung nicht zuzulassen.

Begründung:

„Einkommensgefälle ist so groß wie nie“ titelte vor einigen Wochen die NRZ. Ca. 20% der BürgerInnen können nicht mehr angemessen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Als Grundlage für diese Entwicklung sieht das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ die letzte Einkommensteuerreform, die vor allem Spitzenverdiener entlastet hat, sowie die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die zurückbleibende Lohnentwicklung.

Während die BürgerInnen ab 2007 mit rund 30 Mrd. durch zahlreiche Maßnahmen zusätzlich belastet werden, winkt der Wirtschaft ab 2008 eine Entlastung von jährlich mindestens 5 Mrd. Euro.

Diese Pläne vertiefen die ohnehin bestehende Schieflage in unserem Steuersystem. Beim Faktor Arbeit wird wie noch nie abkassiert, während der Fiskus Vermögende und Kapitalbesitzer hätschelt. Das Argument, die Absenkung der Unternehmenssteuern sei wegen der Konkurrenz mit den Niedrigsteuerländern vor allem in Osteuropa notwendig, zieht nicht.

- Schon seit mindestens 20 Jahren wurden die Arbeitnehmerrechte eingeschränkt und die Lasten von oben nach unten verteilt, ohne dass dies positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt hätte.
- Als Steinbrücks Vorgänger Eichel 2001 schon einmal die Unternehmenssteuern drastisch herunterschraubte, brachte das der Jobbilanz nichts. Die Investitionstätigkeit im Lande zeigte keine Reaktion.

- 1 ■ Wer sich für die Senkung von Staatseinnahmen entscheidet, entscheidet sich gleichzeitig
2 gegen die notwendigen Investitionen in Infrastruktur: Bildung, Wissenschaft, Verkehr und
3 Umwelt.

4

- 5 Die Politik auf Kosten der NormalbürgerInnen hat zu gesunkener Binnennachfrage und hohem
6 Arbeitsplatzverlust im Einzelhandel, im Dienstleistungsgewerbe und in der Produktion geführt.

7

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24

Wir stehen vor einer neuen Gerechtigkeitsdebatte. Der SPD droht die nächste Zerreißprobe. Nach der einseitigen Schröderschen Agenda 2010 sind uns 180.000 Parteibücher um die Ohren geflogen, kam es zum Zerwürfnis mit den Gewerkschaften, entstand die Linkspartei aus dem Fleisch der SPD.

Wie sollen wir im Stadtteil am Infostand oder im Betrieb gegenüber unseren KollegInnen eine Politik vermitteln, bei der Arbeiter und Angestellte mit höherer Mehrwertsteuer und Sozialabgaben die Milliardengeschenke für Konzerne bezahlen sollen? Warum wird das Kapital entlastet, wenn dem kein erkennbarer Nutzen für die Allgemeinheit entspringt?

Die SPD wurde aufgebaut, um die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verbessern. Das hieß immer: Wir brauchen den Sozialstaat und dürfen die Unternehmen aus der finanziellen und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nicht entlassen.

In der großen Koalition sind die Grundlagen für eine sozialdemokratische Politik nicht mehr zu erkennen. Wenn die SPD hier versagt, macht sie sich überflüssig. Die Befürchtungen der Skeptiker bewahrheiten sich.

Bevollmächtigte des Antragstellers:

Miller, Hans-Jörg

Sieweke, Beate

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

B3: „Einrichtung einer Stelle wie die des Ombudsrates im Bund“

Antragsteller: AfA-UB-Vorstand Düsseldorf

Adressat: SPD-Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung Antragskommission: Annahme

Der Parteitag möge beschließen:

SPD –Bundesvorstand und die SPD–Bundestagsfraktion werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass eine Stelle wie der Ombudsrat wieder eingerichtet wird.

Begründung:

Wie schon der Abschlussbericht des Ombudsrates aber auch der Bericht des Bundesrechnungshof zeigt, sind die „Hartz“-Reformen noch lange nicht in „Trockenen Tüchern“ - sowohl von der Verwaltungsseite als auch von der Ausgestaltung der Gesetze her. Dies zeigen auch die 70 000 Eingaben an den Ombudsrat. Die Schwierigkeiten der Bürger mit den „Hartz“-Gesetzen werden auch mit dem Fortschreibungsgesetz nicht enden. Es ist nach wie vor von großer Wichtigkeit, daß es eine neutrale externe Stelle auf Bundesebene gibt die ein Ansprechpartner für die Bürger ist und diesen Umbruch in den Sozialsystemen begleitet.

Der Ombudsrat war als unabhängiges Gremium in der Zeit vom 1. Januar 2005 bis 30. Juni 2006 zur Begleitung der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ("Arbeitslosengeld II") und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt eingesetzt.

Über die Entwicklung der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende in der Praxis unterrichtete der Ombudsrat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit kontinuierlich. Einzelfälle - etwa Fälle von besonderer Bedeutung oder häufig wiederkehrende Fragestellungen - konnte der Rat nach eigenem Ermessen aufgreifen.

Der Ombudsrat war außerhalb des regulären Widerspruchs- und Klageverfahrens tätig; das heißt Einwände der Arbeitslosengeld II-Empfänger gegen Bescheide waren nach wie vor an die örtlich zuständigen Behörden zu richten. Der Ombudsrat ersetzte zudem auch nicht die Aufgaben der für Eingaben zuständigen Stellen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages.

Bevollmächtigter des Antragstellers: Gregor Picard



1
2
3 **B4: „Keine weiteren Optimierungs- oder Fortschreibungsgesetze“**
4

5 **Antragsteller:** AfA–Unterbezirk Düsseldorf

6 **Adressat:** SPD–Bundesvorstand und SPD–Bundestagsfraktion

7
8 **Empfehlung Antragskommission:** keine Empfehlung

9
10
11 **Der Parteitag möge beschließen:**
12

13 Der SPD–Bundesvorstand und die SPD–Bundestagsfraktion werden aufgefordert, keine
14 „Optimierungs- oder Fortschreibungsgesetze“ zu Lasten der Hartz IV–Bezieher zu be-
15 schließen, bevor nicht die bestehenden Gesetze und ihre (Aus)Wirkungen hinreichend
16 eingeschätzt werden können.

17
18 **Begründung:**

19
20
21 Begründung: erfolgt mündlich

22
23
24 Bevollmächtigter des Antragstellers: Gregor Picard
25

1

2 **B5: „Kombilohn“**

3

4 **Antragsteller:** AfA Düsseldorf

5 **Adressat:** SPD–Bundestagsfraktion

6

7 **Empfehlung Antragskommission:** Ablehnung

8

9

10 **Der Parteitag möge beschließen:**

11

12 Der SPD Unterbezirksparteitag Düsseldorf fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, den
13 Plänen des Arbeits- und Sozialministers zur Einführung eines sog. „Kombilohns“ für
14 über 50- und unter 25jährige, deren Umsetzung eine Erosion bestehender Tarifverträge
15 bedeuten würden, nicht zuzustimmen.

16

17

18 **Begründung:**

19

20 erfolgt mündlich

21

22 Bevollmächtigter des Antragstellers:

23 H.-W. Schuster

24